

KOMMENTAR Die Schweizer-Holer

Indonesien verpachtet seine Zollkontrolle

Für die Schweizer ist die Welt in Planquadrate aufgeteilt. Auf jedem dieser Quadrate ist am 1. August, dem Schweizer Nationalfeiertag, mindestens eine dieser roten Fahnen mit dem weißen Kreuz darauf gehißt. Ein Markenzeichen. Steht für Qualität, Genauigkeit, Pirmin Zurbriggen, Schokolade und Genfer Konfekt. Alles weltberühmt und nachahmenswert.

Die Schweizer sind schlau. Sie haben begriffen, daß im Zeitalter des fernöstlichen Elektronik-Booms die Schweizer Präzision nicht alleine in Form von goldenen Uhren zu verkaufen ist. Deshalb sind sie in ferne Länder gereist, haben die Fahne mit dem weißen Kreuz gehißt und mit freudigem Erschrecken gesehen, wie schlampig, überbürokratisch, wie korrupt und ineffizient im nicht-kantonalen Bewußtsein erzogene Menschen auf dieser Welt sein können.

Irgendwann im Frühjahr dieses Jahres müssen ein paar von diesen tüchtigen Schweizern in Jakarta gewesen sein, genauer im Hafen der indonesischen Hauptstadt. Da muß es erbärmlich gestunken haben. Sie gingen dem Geruch nach und kamen an einen Zollschuppen. Nachdem sie dem wachhaltenden Beamten, einem etwas wild aussehenden Maduresen, ein ordentliches Schmiergeld gegeben hatten, wurde ihnen Zutritt gewährt. Der Anblick war schrecklich: lauter

verfaultes Obst, das seit Wochen auf seine "Ausreisegenehmigung" in kühlere Länder wartete.

Als unsere Schweizer am nächsten Morgen in ihren vollklimatisierten Räumen im Hilton erwachten, wußten sie, daß etwas Wichtiges in der tropischen Luft lag. In der Morgenzeitung, die der Etagen-Kellner mit dem Frühstück gebracht hatte, stand unter der Überschrift "Suharto entläßt Generaldirektor für Zölle" zu lesen: "Seit Jahr und Tag beklagen sich inländische und ausländische Kaufleute über Handelshemmnisse, welche die normale, zügige Geschäftsabwicklung bei Importen und Exporten in beiden Richtungen erschweren. Es benötigt vielfach Monate, Waren aus den Zollschuppen herauszubekommen; der Papierkrieg mit Stempeln und Sonderstempeln geht ins Groteske".

Wie von der Tarantel gestochen, sprangen die Reisenden aus Europas Bankenmetropole ins maßgeschneiderte Kakhi und sandten ein Telex nach Genf. Adressatin war die SGS, die "Société Générale des Surveillances", eine Gutachterfirma mit mehr als hundertjähriger Erfahrung. Die SGS ist auf Warenprüfungen spezialisiert, bei denen das Risiko vom Verkäufer auf den Kunden übergeht. In der Firma, die weltweit 13.500 Angestellte - darunter 400 Gutachter - beschäftigt, wußte man sofort, was zu tun war, um dem von

korruptionsbedingten, wirtschaftlichen Verlusten geplagten Präsidenten Suharto und seinen Freunden unter die Arme zu greifen. Dem General mußte das Lächeln, sein Markenzeichen, nicht vergehen: Im Mai schickte er die Hälfte seiner 13.000 Zollbeamten in den Ruhestand. Der SGS wurde die Kontrolle über das Aus- und Einfuhrgeschäft übertragen! In indonesischer Hand blieben allein die Lieferungen unter 5.000 US-Dollar, Erdöl, Juwelen, Edelmetalle sowie diplomatische Sendungen und militärische Güter. Schon am Herstellerort darf die SGS die für Indonesien bestimmten Waren begutachten. Die Kontrolle erfaßt Warenmenge, Qualität, Spezifizierung und Zollkategorie anhand der indonesischen Richtlinien.

Problem sind jetzt nur noch die gefeuerten indonesischen Zollbeamten. Aber dafür hat der "lächelnde General" auch gesorgt. Er beauftragte den Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, General Murdani, einen reibungslosen Wechsel sicherzustellen.

"Drastische Maßnahmen sind erforderlich, um Kosten zu senken, vor allem zu einem Zeitpunkt, wo sich Indonesien um eine Steigerung der nicht erdölgebundenen Ausfuhren bemüht", so verlautete es aus Jakarta. Ganz schön clever, diese Regierung - die Korrupten bekämpfen die Korruption. Mit Schweizer Gründlichkeit. Vive la Suisse!

- vgl.: - Handelsblatt
vom 04.04.1985
- FR vom 05.06.1985

Erika Jung

NACHRICHTEN

VERORDNETE HARMONIE

In wenigen Minuten verabschiedete das Parlament in Jakarta per Akklamation am 31. Mai 1985 das letzte und umstrittenste von fünf Gesetzen, die sich die Regierung geschaffen hatte, um das politische Leben in Indonesien bis ins kleinste Detail zu regeln. Es handelt sich um ein Gesetz, nach dem Massenorganisationen, gleich ob religiöse, berufständische oder kulturelle, ihre Satzungen und oberste Leitlinien allein nach der Staatsphilosophie Pancasila auszurichten haben (Der Gesetzentwurf wurde bereits vorgestellt in: SOA-Informationen, Nr. 0/1984).

Damit hat sich die Regierung der "Neuen Ordnung" ein Instrument geschaffen, mit dem sie ihren ideologischen und politischen Einfluß bis an die (Gras-)Wurzeln der Gesellschaft ausdehnen kann. Die Kategorie "Massenorganisation" reicht von der sozial engagierten Rechtshilfsorganisation LBH bis hin zu

konservativen islamischen Organisationen.

Zwei wesentliche Grundzüge des Gesetzes sind hervorzuheben: Ist die Regierung der Ansicht, eine Organisation widerspreche den letztlich schwer interpretierbaren Pancasila-Prinzipien, kann sie diese verbieten oder einfrieren, ganz zu schweigen von ihrem Recht, zuvor auf Struktur und Finanzierung der jeweiligen Organisation Einfluß genommen zu haben. Doch soweit braucht es die Regierung gar nicht kommen zu lassen, denn das Gesetz - und dies ist der zweite Punkt - ermöglicht es ihr, selbst für die Schaffung von Massenorganisationen die Verantwortung zu übernehmen. Somit müssen gerade kleine, unabhängige Gruppen damit rechnen, von irgendwelchen "Dachorganisationen", Regierungskonstrukten mit verwachsenen Zielsetzungen, einfach "geschluckt" zu werden. Dies ist eine Kriegserklärung an jegliche politische Kultur in Indonesien, an Studentenorganisationen, an kleine Dorfentwicklungsprojekte, an Umweltschutz- und Verbrauchergruppen. Die Gesetzesvorlage, die schon seit einiger Zeit die Gemüter in Indone-

sien bewegt, bekam erst in den Wochen vor der Verabschiedung ihren letzten Schliff. Dazu gehört vor allem die Bestimmung, daß vor dem Verbot oder der "Einfrierung" einer Massenorganisation die Meinung des Obersten Gerichtshofes gehört werden muß. Diese Regelung führte bei manchen Gesetzes-Gegnern zu der Ansicht, daß es doch nicht so schlimm gekommen sei, wie erwartet. Dazu jedoch TAPOL: "Der Vorsitzende des Obersten Gerichts, General Ali Said, wird über die Vorstellung, sein militarisiertes Team von Richtern könne eine nicht regierungstreue Organisation unterstützen, nur lachen" (vgl. TAPOL Bulletin, No. 70, 1985, S. 19).

Ein weiterer Punkt ist der "ehrenvolle Platz", den die Religion und der Glaube an Gott, den Allmächtigen, in der indonesischen Gesellschaft einnimmt, und zwar als "Quelle für Motivation und Inspiration". Zusätzlich versicherten die Gesetzgeber, daß Pancasila weder den Charakter einer Religion bekommen könne, noch, daß Religion "pancasilafiziert" werde. Verwirrt ist man in religiösen Kreisen darüber, wie man Religion nun als

"Quelle von Inspiration und Motivation" und nicht als Ideologie betrachten solle. Christen und Muslims beruhigten sich jedoch gleichermaßen mit dem Gedanken, daß nur die militanten Muslims Ziel dieses Gesetzes seien.

Obwohl das Gesetz eine zweijährige Übergangsperiode vorsieht, in der die Organisationen sich der neuen Linie anzupassen haben, hat Jugendminister Abdul Gafur bereits angekündigt, er werde jede Jugend- oder Studentenorganisation davon abhalten, einen Kongreß zu veranstalten, wenn sie sich nicht vorher auf die Pancasila-Ideologie verpflichtet habe.

Schon 1984 hatte er sich verärgert darüber gezeigt, daß die islamische Studentenunion sich vor der Verabschiedung des Gesetzes geweigert hatte, Pancasila anzuerkennen.

Seitdem haben in Indonesien keine studentischen Kongresse mehr stattgefunden.

- vgl.: FEER 13.6.1985, S.14

TAPOL-Bulletin No. 70, Juli 1985, S.18f

VIEL AUFREGUNG NACH EP-RESOLUTION

In höchst ungewöhnlicher Weise reagierte das Regime in Jakarta auf die Resolution des Europäischen Parlaments (EP) vom 13. Juni und der kurz darauf erfolgten Vorlage des jährlichen Menschenrechtsberichts. In der Resolution protestiert das EP gegen die Hinrichtung Mohammad Munirs und die drohenden (inzw. ausgeführten) Exekutionen vier anderer ex-PKI-Funktionäre. Der Menschenrechtsbericht bezichtigt Indonesien des Terrors und der Repression und spricht explizit die katastrophalen Situationen in Westpapua und Ost-Timor an.

In noch nie dagewesener Schärfe und Intensität antworteten oberste Kreise auf diese Vorwürfe. War vorher die Hinrichtung Munirs in den Medien verschwiegen worden, füllten die Rechtfertigungen und Gegenangriffe nun wochenlang die Titelseiten der Zeitungen und bekamen beste Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen. Insbesondere schmerzte das Regime ein Passus, wo es beschrieben wurde als "Militärregierung, die 1965 mit Hilfe eines gewaltsamen Putsches an die Macht kam". Die offizielle Version - auch in Europa - lautete bisher: "zur Abwehr eines kommunistischen Umsturzversuchs".

Die Affäre wurde so alarmierend, daß ein Treffen aller in der EG akkreditierten Botschafter des Landes abgehalten wurde und eine Parlamentsdelegation nach Luxemburg eilte, um in einem "Dialog" die "Krise" zu beheben, womöglich die Entschlüsse rückgängig zu machen. Der Eifer war so groß, daß die aus technischen Gründen erfolgte Verschiebung der Ratifizierung des

Menschenrechtsberichts auf November als großer Sieg gefeiert und mit einer Rücknahme der Resolution verwechselt wurde. Die indonesische Presse berichtete auch nach der Delegationsrückkehr weiterhin über das "exzessive Interesse" des EP an Menschenrechtsfragen und vergaß dabei nicht die übliche Unterstellung kommunistischen Einflusses.

Reaktionen kamen aber auch von ganz woanders: Zum erstenmal meldete sich eine kürzlich gegründete Organisation "Gruppen für die Verteidigung der Demokratie" öffentlich zu Wort. Sie begrüßte die Resolution, klagte das indonesische Regime weiterer Gewalttaten an und gab eine kurze Selbstdarstellung. Danach ist sie ein relativ loser Zusammenschluß im Untergrund operierender Gruppen, in denen Kommunisten und Nicht-Kommunisten zusammenarbeiten, um ungeachtet der ethischen, religiösen oder politischen Herkunft allen Opfern der Regierungspolitik zu helfen. Sie wünscht Intensivierung ihrer Kontakte mit Organisationen und Individuen in Europa, die für die Verteidigung der Demokratie in ihren Ländern arbeiten.

- vgl. TAPOL, No. 70, Juli 1985, S. 3-5

WEITERE TODESURTEILE VOLLSTRECKT

"Die Nachricht von Munirs Hinrichtung war ein großer Schlag. Es ist ein Akt schwerer Unmenschlichkeit seitens der indonesischen Behörden, die Hinrichtung zu vollziehen, nachdem der Gefangene die Qualen der Inhaftierung und der Trennung von seiner Familie so viele Jahre erlitten hatte." Mit diesen Worten kommentiert "TAPOL", das britische Bulletin für Menschenrechte in Indonesien, die Hinrichtung des 60-jährigen ehemaligen Gewerkschaftsführers Mohammad Munir im Mai dieses Jahres (vgl. SOA-Informationen Nr. 2/1985). Ebenso heimlich wie die Hinrichtung Munirs wurden inzwischen vom 1.-3.7. drei weitere Todesurteile an PKI-Aktivisten vollstreckt: an Djoko Untung, Gatot Lestario und Rustomo, die über 17 Jahre inhaftiert gewesen waren. Sie hatten alle zu einer Gruppe von PKI-Mitgliedern gehört, die in Süd-Blitar, einer verarmten Region Ost-Javas, noch einige Jahre nach dem Putsch gegen das Suharto-Regime Widerstand geleistet hatten. Die kommunistische Untergrundbewegung in Süd-Blitar, das vor 1965 sehr kommunistenstark war, bestand aus PKI-Aktivisten, die den Massakern nach dem Putsch zunächst hatten entkommen können.

Alle Anstrengungen, etwas über das Schicksal der drei auf der Insel Madura Inhaftierten herauszufinden, blieben vergeblich. Die Regierung hatte die Familien unter Druck gesetzt, keine Nachrichten über die Hinrichtungen zu verbreiten. Nach-

forschungen von seiten der holländischen Regierung ließen die indonesischen Behörden unbeantwortet. Holland, als alte Kolonialmacht besonders sensibel für die Menschenrechtsprobleme in Indonesien, war auch das erste westliche Land, das auf den Tod Munirs reagierte und zugleich um Begnadigung für die anderen drei gebeten hatte. Frau Schoo, Entwicklungshilfeministerin der Niederlande, bekam bei einem Besuch in Jakarta am 25. Mai die Bestätigung von Munirs Tod durch Präsident Suharto selbst.

Auch in Moskau, das sonst keine Stellung zu den politischen Verhältnissen in Indonesien bezieht, meldete man sich diesmal zu Wort: Die PRAWDA rühmte Munir als großen Freiheitskämpfer.

- vgl.: FEER 26.6.1985, S.34f, TAPOL-Bulletin No.70, Juli 1985, S.2,3

TODESURTEILE AUCH FÜR MUSLIM-AKTIVISTEN

Nach Informationen von TAPOL sind insgesamt 45 Personen in Indonesien zum Tode verurteilt, 41 davon immer noch in Zusammenhang mit den Ereignissen von 1965. Die Hälfte von ihnen sind Mitglieder der Streitkräfte, die anderen führende PKI-ler. Alle wurden Ende der sechziger Jahre inhaftiert.

Die restlichen vier auf der Liste der zum Tode Verurteilten sind aktive Moslems, von denen zwei nach Berichten von amnesty international und TAPOL in Kürze hingerichtet werden sollen. Es handelt sich um Abdullah bin Umar und Bambang Sispyo, die im Februar und Juni dieses Jahres wegen subversiver Tätigkeit, bewaffneten Raubüberfalls und Mordes zum Tode verurteilt wurden. Die beiden waren angeklagt gewesen, Mitglieder des "Kommando Jihad" (Kommando des Heiligen Krieges) gewesen zu sein. Dieser Ausdruck ist eine Kreation der Regierung, wird seit Ende der siebziger Jahre gegen islamische Dissidenten angewendet und dient dem Zweck, alle islamischen Regierungsgegner in die Terroristenecke abzuschieben. Die Muslims seien die Terroristen von rechts, die PKI-ler die von links, ist immer wieder aus Regierungskreisen zu hören. Im Gegensatz zu den heimlichen Hinrichtungen der Kommunisten, werden die Attacken gegen die islamische Bewegung jedoch ganz öffentlich betrieben.

- vgl. TAPOL-Bulletin No.70, Juli 1985, S.7 ai-urgent action vom 16.7.1985

WIEDERREGISTRIERUNG VON EX-TAPOLS

"Um über ihre Wahlberechtigung für die Wahlen 1987 zu entscheiden", sind 1,7 Mio. ehemalige politische

Häftlinge ("Putsch-Beteiligte") registriert worden. Unerklärlich bleibt, wie diese Zahl zustande kommt: Das Innenministerium gab in diesem Jahr bekannt, daß etwa 1,46 Mio. Ex-Tapols der verschiedenen Kategorien registriert seien. Die breit publizierte Aktion der ex-Gefangenen, um zu verhindern, daß sie in Arbeitsstellen kommen, die Multiplikatorwirkungen haben, oder in ausführende Organe sozialer Organisationen gewählt werden. Auch von Pancasila-Schulungen sollen sie ausgeschlossen bleiben, um "negativen Konsequenzen vorzubeugen".

- vgl. TAPOL, No. 70, Jul 1985, S. 1

JOURNALISTENDELEGATION BESUCHTE OST-TIMOR

Vom 1.-5. Juli besuchten vier Journalisten (Korrespondenten von AFP, Asiaweek, Far Eastern Economic Review und New York Times) Ost-Timor. Die Reise wurde organisiert vom Zentrum für Strategische und Internationale Studien in Jakarta, einer regierungsnahen Denkfabrik. Während des Besuchs wurden die Journalisten fast ständig von Vertretern des Veranstalters, von Beamten des Provinz-Informationsamtes und dem Herausgeber der GOLKAR-Tageszeitung Suara Karya begleitet.

Im Zentrum des Besuchs stand ein Gespräch mit dem Gouverneur Ost-Timors, Carrascalao, in dessen Verlauf Aussagen über die aktuelle Situation Ost-Timors fielen. Die Fretilin soll mittlerweile kaum mehr als eine kriminelle Bande sein, die zum eigenen Überleben die Landbevölkerung ausplündert und massakriert. Andere zitierte Stimmen sprechen dagegen von 500-1000 bewaffneten Kämpfern und etwa 5000 Unterstützern in der Bevölkerung. Carrascalao gesteht ein, daß "eine Guerilla nur überleben kann mit Unterstützung der Bevölkerung". Offiziell werden die Kampfhandlungen heruntergespielt. Nach einem unerlaubten Abstecher auf den Militärfriedhof in Dili zählten zwei Journalisten jedoch 74 muslimische Gräber aus dem laufenden Jahr, auf denen in der Regel vermerkt war: Im Kampf gefallen. Der Besuch von Baucau blieb - wohl aus militärischen Gründen - versagt.

Carrascalao stellte die Wirtschaftsentwicklung Ost-Timors positiv dar, desgleichen die getroffenen Volksbildungsmaßnahmen. Implizit enthielten seine Aussagen die Feststellung, daß die politischen Führungspositionen auf lange Sicht in der Hand Landesfremder bleiben werden, und die Einschätzung, daß die Insel selbstversorgungsfähig ist (das Gegenteil diene hierzu zur Rechtfertigung des indonesischen Einmarschs vor 10 Jahren). Auf der Gefangeneninsel Atauro sind offiziell noch 1166 Menschen interniert. Aus einem Betrof-

fenenbericht wird deutlich, daß die meisten der Entlassenen entweder nicht an dem Ort ankamen, wo sie hinwollten, oder sich in strategischen Dörfern wiederfanden, die genauso bewacht werden wie die Internierungslager.

Die AW-Korrespondentin Andrée Feillard, merklich versöhnlich gestimmt durch einen privaten Badeausflug mit Familie Carrascalao, vermittelt in ihren Reportagen einen eher romantisch-abenteuerlichen Eindruck von den Frontgebieten, und: "Es ist ungewöhnlich, in den Dörfern ein Lächeln zu sehen".

- vgl. TAPOL, No. 70, Juli 1985; AW, Vol. 11, No. 31, 2. Aug. 1985, S. 28-34; FEER, Vol. 129, No. 31, 8. Aug. 1985, S. 20-24

BRANDANSCHLAG AUF RADIOSTATION

Nach Monaten relativer Ruhe erschütterte im Juni und Juli eine Kette von Brandanschlägen Indonesien. Prominentestes Ziel war am 20. Juli das Hauptquartier von Radio Republik Indonesia (RRI) am Merdeka Platz in Jakarta, einem Symbol der Regierungspropaganda.

Amnesty International, Menschenrechtsverletzungen in Osttimor, Bonn 1985, 96 S.

Francoise Cayrac-Blanchard, Islam in Indonesia's New Order, in: AfAs, Sept. 1985, S. 42f

East Timor Issue Rocks Assembly, in: CCAN, Vol. 20, No. 6/7, Juni/Juli 1985, S. 14f

Andrée Feillard, East Timor/Special Report: Searching for Peace, in: AW, Vol. 11, No. 31, 2. Aug. 1985, S. 28-32

Mimi Ferreira, East Timor - Church Is The Next Target, in: KE, Feb. 1985, S. 9f

Helmut Heinzelmeyer, Militärs und Technokraten in Indonesien, in: ASIEN, Nr. 15, April 1985, S. 33-47

Kartjono, Politik depolitisasi di Indonesia, in: IM, Nr. 8, Jan.-März 1985, S. 49-58

Lincoln Kaye, East Timor depends on Jakarta's largesse, in: FEER, Vol. 129, No. 31, Aug. 1985, S. 20-24

Justus M. van der Kroef, Indonesia and Irian Jaya: The enduring conflict, in: ASIEN, Nr. 16, Juli 1985, S. 31-51

Klemens Ludwig u. Korinna Horta, Osttimor - Das vergessene Sterben, Indonesischer Völkermord unter Aus-schluß der Weltöffentlichkeit, Reli-he bedrohte Völker (= POGROM 114/115), Göttingen 1985, 150 S.

Etwas 2 Stunden fielen die Sendungen aus. 10 Tage vorher wurde das Metro Building in Pasar Baru, Jakarta, total zerstört, während im Juni auf Sumatra zehntausende Hektar Kleinpflanzungen, im Besitz "gewisser Beamten", Ziel von Brandstiftungen wurden. Offizielle Beurteilungen schwanken zwischen: "lediglich Unfälle" und "Werk unverantwortlicher Gruppen" (= PKI-Überreste).

- vgl. TAPOL, No. 70, Juli 1985, S. 20, AW, Vol. 11, No. 32, 9. Aug. 1985, S. 7f

GROSSANGRIFF AUF DIE GEBURTENRATE

Indonesien hat den Bau der ersten Kondomfabrik begonnen, die Südasiens größte werden soll. Nach der Fertigstellung 1987 soll das 11-Mio.-Projekt in Banjarn auf Java eine Kapazität von 130 Mio. Stück im Jahr erreichen. Teilweise für den Export gedacht, soll die Produktion überwiegend dem jetzt angekurbelten Familienplanungs-Programm nachhelfen. Derzeit verbraucht die fünfgrößte Nation der Welt (ca. 165 Mio. Ew.) im Jahr ungefähr 200 tausend Präservative.

- vgl. AW, Vol. 11, No. 36, 6. September 1985, S. 30

Literaturhinweise

Rüdiger Machetzki, Indonesien - Ende des Entwicklungsoptimismus? in: SOAA, Jg. IV, Heft 4, Mai-Juni 1985, S. 353-357

P.W.J. Nahaban, Bilingualism in Indonesia - Ethnic Language Maintenance and the Spread of National Language, in: SEASS, Vol. 13, No. 1/1985, S. 1-8

Robin Osborne, Fresh evidence comes to light - The killing of Irian Jaya Nationalist Arnold Ap, in: IA, Nos. 3-4, Juni-Aug. 1985, S. 17-19

The Policy to Smoothen the Flow of Goods to Support Economic Activities (Presidential Instruction No. 4/1985, 4. April 1985), in: SOAA, Jg. IV, Heft 4, Mai-Juni 1985, S. 363-365

Simplification of procedures and investment approvals (aus Indonesian Observer, 27.5. - 1.6. 1985), in: SOAA, Jg. IV, Heft 4, Mai-Juni 1985, S. 366-369

Elsie Smiles, East Timor: Extermination of a People in a Diplomatic Deadlock, in: AMPO, Vol. 17, No. 1/1985, S. 60-65

Statement by the head of the Catholic Church of East Timor, in: TAPOL, No. 69, Mai 1985, S. 12-14

Fred Winter, De Golkar als Politiek Instrument, in: IFM, Juni/Juli 1985, S. 24f